

## **Handicap International verurteilt den Einsatz von Antipersonenminen in Myanmar**

**Genf, 25. September 2017. Handicap International verurteilt den aktuellen Einsatz von Antipersonenminen durch die Streitkräfte Myanmars an der Grenze zu Bangladesch auf Schärfste. Diese Waffen, die fast ausschliesslich Zivilisten töten und verletzen, sind seit 1997 durch den Ottawa-Vertrag verboten, der von 163 Staaten unterzeichnet wurde. Handicap International fordert die Regierung von Myanmar auf, die Anwendung dieser barbarischen Waffen sofort einzustellen, appelliert an die internationale Gemeinschaft, diesen jüngsten Einsatz deutlich zu verurteilen und auf die birmanischen Behörden Druck auszuüben, den Einsatz dieser Waffe aufzugeben.**

Eine Reihe von übereinstimmenden Zeugenaussagen, die vom Landminen Monitor, Amnesty International und der Nachrichtenagentur Reuters gesammelt wurden, bestätigen die jüngste Verlegung von Antipersonenminen von Myanmars Streitkräften an verschiedenen Orten an der Grenze zwischen Bangladesch und Myanmar.

Laut dem letzten Bericht des Landminen Monitors 2016 ist Myanmar neben Nordkorea und Syrien einer der wenigen Staaten die immer noch Antipersonenminen einsetzen. 159 Menschen waren Opfer dieser Waffen im Jahr 2015, mehr als 250 im Jahr 2014.

*„Die jüngste Verwendung von Antipersonenminen durch die Streitkräfte Myanmars in der aktuellen Krise hat verheerende Folgen für Zivilisten“, sagt Petra Schroeter, Geschäftsführerin von Handicap International Schweiz. „Diese Waffen töten und verstümmeln; sie verursachen extrem schwierig zu versorgende Verletzungen und ziehen nachhaltige Konsequenzen für das Überleben der Opfer nach sich. Der Einsatz von Minen muss aufhören und wir müssen alles dafür tun, den Opfern Hilfe zu leisten.“*

Laut dem Landminen Monitor wurden im Jahr 2015 mindestens 6.461 Menschen von Minen und explosiven Kriegsresten getötet oder verletzt.

Weltweit sind über drei Viertel der Landminenopfer Zivilisten und ein Drittel sind Kinder. Diese Waffen können viele Jahre nach einem Konflikt töten und verwunden. 63 Länder und Territorien auf der ganzen Welt sind immer noch von Minen und explosiven Resten des Krieges kontaminiert, was eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung darstellt.

Der Erwerb, die Produktion, die Lagerung und die Verwendung von Antipersonenminen sind durch den Ottawa-Vertrag verboten. Der Vertrag wurde vor zwanzig Jahren am 18. September 1997 verabschiedet und trat am 1. März 1999 in Kraft. 163 Staaten sind Unterzeichner des Übereinkommens, 162 sind Vertragsstaaten. Myanmar ist keine Partei des Ottawa-Vertrages.

---

### **Medienkontakt:**

Nadia Ben Said, Medienbeauftragte  
Tel.: 022 710 93 35 – von Montag bis Donnerstag  
Mob.: 076 321 48 11  
nbensaid@handicap-international.ch  
www.handicap-international.ch

Sie finden uns auch auf Facebook  
[www.facebook.com/handicapinternationalschweiz](http://www.facebook.com/handicapinternationalschweiz)

### **Zu Handicap International**

Handicap International ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in Situationen von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Konflikten und Katastrophen interveniert. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung und andere besonders hilfsbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Grundrechte besser respektiert werden.

Insgesamt ist die Organisation in ca. 60 Ländern aktiv. Handicap International ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat, und aktives Mitglied der internationalen Koalition gegen Streubomben (CMC). 2011 wurde Handicap International mit dem Conrad N. Hilton Humanitarian Prize ausgezeichnet.

In Genf symbolisiert **Broken Chair** den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an den Zivilbevölkerungen verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Anfrage von Handicap International ist eine Herausforderung adressiert an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.